

Die Arbeitererin

Zeitschrift

für die Interessen der Frauen und Mädchen des arbeitenden Volkes.

Organ aller auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Vereinigungen der Arbeiterinnen.

— Eintracht macht stark — Bildung macht frei! —

Redaktion: Emma Jhrer, Velten (Mark). — Expedition, Druck und Verlag: Fr. Meyer, Hamburg, Rosenstr. 35.

Er scheint wöchentlich einmal und zwar am Sonnabend.	Annoncen pro Zeile 20 Pfennig. Vereine erhalten Rabatt.	Abonnement pro Vierteljahr 1 Mark, Einzelnummer 10 Pf. Direkt per Kreuzband Mk. 1,40.
--	---	---

Freunde und Freundinnen! Sorgt für die Verbreitung der „Arbeiterin“!

Zur Beachtung!

Zsämtliche für die Redaktion bestimmten Sendungen, als Berichte, Artikel und dergl. müssen bei

Frau E. Jhrer, Velten b. Berlin
(nicht Hamburg)

spätestens Montag früh eingeliefert sein, wennfalls sie für die in derselben Woche erscheinende Nummer nicht Verwendung finden können.

Alle für den Verlag und die Expedition bestimmten Sendungen sind nur an **Fr. Meyer, Hamburg, Rosenstr. 35,** zu richten.

(Verspätet!)

Achtstundentag und die Maiseier

von Clara Zetkin.

Zum zweiten Male, seitdem Marx's Mahnung: „Proletarier aller Länder vereinigt Euch“, im internationalen Kongreß zu Paris zum Programmwort einer gemeinsamen Aktion der Arbeiterklasse aller Staaten gemacht worden, welche die moderne Produktion in ihren Kreislauf gezogen hat, steht das Proletariat am Vorabend der Weltmanifestation zu Gunsten des Achtstundentags.

Zum zweiten Male schickt es sich an, unter der Form den Feiertag der Arbeit zu feiern, welcher der Kapitalistensippe ein Schrecken und eine Drohung, der großen Arbeiterfamilie ein Festhalten an der Forderung des Minimums einer menschenwürdigen Existenz in der Gegenwart, ein Symbol der Hoffnung auf die Zukunft bedeutet. „Die Arbeit und der Lohn“, „die Kapital und seine Uebernehmen“, tönt an dem Maiseiertag von hüben und drüben das Geschrei der Anhänger einer neuen Welt der Parteigänger der alten Gesellschaftswelt.

Die schwarzgoßne Internationale des Ausbeutungs erklärt durch den Mund seiner Vertreter aller bürgerlichen politischen Schattierungen, radikalisirenden Schlappmeiern bis zu konservativen Heißspornen, daß es auch nicht auf ein wenig seiner Freiheit, Mehrwerth zu pumpen, ankommen wolle, daß Gesetze, Polizei und Militär, die heutigen Klassenstaat, einem riesigen Heer gleich, den goldenen Nibelungenhort schirmt und bewacht. Und ihr gegenüber erhebt die rothe Internationale der Arbeit, die keines Gefügs durch einen Zentralkomite's mehr bedarf, eines Geistes, eines Sinnes zu sein, einem Jung Siegfried gleich ihr Haupt und erstreckt voll ruhig stolzem Selbstbewußtsein, daß sie allem und alledem die Reform erringen werden, welche nicht nur im Augenblicksinteresse der Klasse, sondern im dauernden Interesse der gesamten Gesellschaft eine Nothwendigkeit geworden. Dieses stolze, nur auf die eigene Kraft beruhende, trotz alledem und alledem, und in Verbindung mit dem internationalen Charakter der

Rundgebung, das sind wohl die bedeutungsvollsten Züge des Arbeiterfeiertags. Mag sich die Bourgeoisie in enggefäster, schlecht verstandener Klassen selbstsucht mit Nichtachtung der Lebensbedingungen kommender Geschlechter noch so sehr gegen die Reform des Normalarbeitstags stemmen, das Proletariat wird dieselbe nicht nur für das Proletariat, sondern zum Wohl der künftigen Allgemeinheit den jetzt noch Herrschenden entreißen. Die wichtigste aller Sozialreformen der Gegenwart wird nicht das Werk der von oben nach unten wirkenden Gnade und Einsicht sein, sondern das, des von unten nach oben wirkenden Druckes. Und nur im internationalen Kampfe, Proletariat an Schulter des Proletariats, kann die Forderung durchgesetzt werden. Der internationale Normalarbeitstag ist eine unausbleibliche Folge der internationalen privatkapitalistischen Wirthschaftsweise und der internationalen Arbeiterbewegung, welche diese hervorgerufen.

Die Arbeiterbewegung, welche für den achtstündigen Normalarbeitstag als für das ihr nächstliegende praktische Ziel eintritt, schwört damit keineswegs ihren revolutionären Charakter ab. Sie erobert nur in Gestalt dieser Reform eine Etappe, deren sie auf ihrem Marsch zu der künftigen sozialen Umgestaltung nicht enttrathen kann.

Weitling hat zwar in den von einem großartigen, hinreißenden Hauch durchwehten „Garantien der Harmonie und Freiheit“ die Verwirklichung einer neuen Gesellschaftsordnung von einem Sinken des Niveaus der Arbeiterbevölkerung abhängig gemacht. Für ihn war das grenzenlose Elend der verzweifelten Massen, die Verkommenheit des Lumpenproletariats, die auf den höchsten Gipfel getriebene „soziale Unordnung“ Helfer der sozialen Wiebergeburt. Sonderbare Heilige, Anarchisten und Anarchistengenossen, behaupten auch heute noch, daß das ins Maßlose gestiegene Elend die soziale Revolution zeitige, daß jede Verbesserung in der Lage der Arbeiterklasse die Umgestaltung der Gesellschaft hinauschiebe und aufhalte.

Die marxistische Geschichtsauffassung hat mit dem Köhlerglauben an die alleinseligmachende Messiasrolle des großen Mannes oder der großen Männer, die im Namen eines Prinzips die Gesellschaft erneuern, ausgeräumt. Sie zeigt die soziale Revolution, welche die kommunistische Gesellschaft bringt, als Endpunkt eines ökonomischen, von Stufe zu Stufe nach bestimmten Gesetzen fortschreitenden Entwicklungsprozesses. In ihm erweist sich das Proletariat seinem ganzen Wesen, der Natur seiner Lebensbedingungen nach, als revolutionäre Macht, als thätiger und selbständiger Träger einer geschichtlichen Mission und nicht als blaßes Werkzeug, das in der Hand des rechten Mannes zur rechten Zeit funktioniert. Mit dieser Auffassung bricht die Ansicht von der erlösenden Kraft des sozialen Elends, von der

Verderblichkeit der Maßregeln, welche die allgemeine Lage der Volksmassen verbessern, ihr geistiges und moralisches Niveau heben, in sich selbst zusammen. Umgekehrt erscheinen uns thatsächliche Sozialreformen, d. h. solche, welche aus dem gegenwärtigen Wirthschaftsleben herauswachsen und sich mit deren Tendenzen decken, eine Hebung der breiten Volksschichten bewirken als wichtige und nothwendige Faktoren, um die geschichtliche Evolution abzukriegeln und um das Proletariat fähig zu erhalten, in den objektiven Entwicklungsprozeß bewußt einzugreifen und seine Konsequenzen zu ziehen. Und dieses Eingreifen schon in der Gegenwart ist eine Nothwendigkeit, denn andernfalls schaffen zwar die blind waltenden ökonomischen Kräfte die technischen und wirthschaftlichen Voraussetzungen einer sozialistischen Gesellschaft, degeneriren und vernichten aber auch gleichzeitig das Proletariat, welche die Umgestaltung der Gesellschaft in eine sozialistische vollziehen muß.

(Schluß folgt.)

Parlamentsberichte.

In den drei politischen Körperschaften, die jetzt zugleich in Berlin tagen, haben die „patriotischen“ und „königstreuen“ Parteien zufällig überall Gelegenheit gehabt, ihren Gemeinfinn, ihre persönliche Opferbereitschaft für den Staat, den sie mit so viel Begeisterung als den Ersten in Europa preisen, darzuthun. Sehen wir einmal in einigen kleinen Bildern, wie sie dieser „schönsten und theuersten“ Pflicht nachgekommen sind.

Ehre, dem Ehre gebührt. Wir beginnen mit dem preussischen Herrenhaus und wählen uns die Sitzung vom 24. April, in welcher die Einkommensteuer auf der Tagesordnung stand. Die Vorlage war in dem gewöhnlich nicht übermäßig demokratischen Abgeordnetenhaus durchberathen und wurde auch ohne wesentliche Debatte oder Aenderung angenommen bis § 17 (Steuertarif).

Hier hat die Kommission des Herrenhauses den Tarif für die mittleren Einkommen bis 10,500 M. unverändert gelassen, den Tarif für die höheren und höchsten Einkommen jedoch von 4 auf 3 Prozent herabgesetzt.

Hier gab es eine lebhaftere Auseinandersetzung. Während Kleist-Regow für die 4 Prozent eintrat, verlangte Graf Mirbach energisch, daß es bei 3 Prozent sein Bewenden habe.

Fürst Dapfeld findet den Tarif des Abgeordnetenhaus nicht gerecht. Im Gegentheil passe er in das sozialdemokratische Programm. Man möge doch bedenken, daß die hohen Einkommen auch hohe Gemeindesteuern zahlen. Es sei bezeichnend, daß ein Haus, welches aus dem Dreiklassenwahlsystem hervorgegangen sei, die progressive (stufenweise mit der Größe des Einkommens wachsende) Einkommensteuer beschließe. Aber es wäre ein Hoffn des Schicksals, wenn das Herrenhaus, das in erster Reihe dazu berufen sei, den Besitz zu schützen, der progressiven Einkommensteuer zum Siege verhelfen sollte.

In namentlicher Abstimmung wird der Kommissionsbeschluß (3 Prozent) mit 100 gegen 56 Stimmen angenommen.

Prüft man die abgegebenen Stimmen, so ergibt sich, daß die weitaus meisten der vornehmen und sehr reichen Großgrundbesitzer, der Fürsten, Grafen und Barone, deren Besitzthümer viele Quadratmeilen Landes ausmachen, für die geringere Steuer bei den höchsten Einkommen gestimmt haben, also zumeist solche, welche die betreffende Steuer zu entrichten haben. Eine all-

zende Ausnahme hiervon machen allerdings 5 Fürsten, welche für die 4 Prozent stimmten. Aber von diesen Fürsten sind vier Standesherrn, d. h. sie zahlen vorläufig überhaupt noch keine Einkommensteuer; es ist dies ihr Vorrecht als Nachkommen von ehemals selbstständigen unabhängigen Fürsten. Wird aber, was seit einiger Zeit als notwendig angesehen wird, dieses Vorrecht — bei Leibe nicht einfach abgeschafft, sondern abgelöst, abgekauft, so machen sie ein um so besseres Geschäft, je höher die Steuer zuvor war. Denn nach der Höhe derselben richtet sich auch die Höhe der Summe, die ihnen geschenkt wird, damit sie auf diese Weise die Steuer zahlen können, ohne den geringsten Abbruch an ihrem Einkommen zu erleiden. Man sieht, die hohen Herren versetzen sich auf ihren Profit so gut wie nur der gewiegteste Geschäftsmann.

Im preussischen Abgeordnetenhaus bot das größte Interesse die Rede des Ministerpräsidenten Caprivi über den Welfenfonds, welcher in der preussischen Geschichte der letzten 20 Jahre eine so bedeutende Rolle spielt. Vom Landtag als (außerordentlich hohe) Abfindungssumme für den König von Hannover auf Wunsch der Regierung bewilligt, wurde die Summe (48 Millionen) mit Beschlag belegt, weil der König von Hannover gegen Preußen rüfete. Das allezeit gefällige Abgeordnetenhaus war auch damit zufrieden, daß die Zinsen von 42 Millionen (6 waren anderweitig ausgeschieden) der Regierung zur Verfügung gestellt wurden „zur Abwehr der Unternehmungen des Königs“; jedoch ohne jede Rechenschaftsablegung. König Georg ist längst tot; von Angriffen auf Preußen konnte seit dem Jahre 1870 überhaupt nicht mehr die Rede sein, aber die Zinsen dieser Millionen werden jährlich ohne jede Verantwortung verbraucht. Der Ministerpräsident sagt hierüber:

„Vor reichlich einem Jahre beschäftigte sich das Staatsministerium in einer Sitzung mit dieser Frage, und es war die einstimmige Ansicht der Minister, daß, wenn es möglich wäre, dem Welfenfonds eine andere Verwaltung zu geben, das nur im Interesse des Staatsministeriums und des Landes liegen könne. (Sehr wahr links.) Man trat nun der Frage näher, wie die Sache bisher gewesen war, und es stellte sich heraus, daß man auf Einzelheiten für die Vergangenheit verzichten müßte, daß es nicht möglich war zu ermitteln, wie der Fonds in den letzten 20 Jahren im Einzelnen verwaltet wurde. Geheime Fonds werden allgemein behargirt durch die Ressortchefs. Am Jahreschluss beschleunigte der Ressortchef, daß der Fonds der Bestimmung gemäß verwaltet worden ist. Dasselbe Verfahren war für den Welfenfonds eingeführt worden, nur mit der Aenderung, daß als Ressortchef hier der Kaiser auftrat und die Minister, welche Theile des Welfenfonds verwendet hatten, behargirte. Es sind darauf Jahr für Jahr sämtliche Rechnungen und Quittungen über die Ausgaben des Welfenfonds verbrannt worden, so daß Belege nicht da waren, die uns gestattet hätten, die Geschichte rückwärts zu verfolgen, wie der Welfenfonds verwendet worden ist.“

Einige dieser Verwendungen sind ja nach und nach bekannt geworden. Sehr lange hat man gemuthmaßt, daß die geheime Polizei Auskunft geben könnte, wo ein Theil des Geldes geblieben. Denn die Raporra, Zhring-Mahlow und ähnliche „Ehrenmänner“ der Geheimpolizei pflegen nicht umsonst ihre Großthaten zu vollbringen. Am meisten aber wirkte die Mittheilung, daß Minister von Bötticher 30 000 M. erhielt zur Tilgung einer Schuld, um derentwillen er seine Entlassung angeboten. Fürst Bismarck jedoch bedurfte seine Dienste und

Herr von Bötticher erklärte, er habe gemeint, daß er das Geld aus der Privatschatulle des Königs Wilhelm I. erhalten. Man glaubt ja gern angenehme Dinge — der König war aber nicht geneigt viel zu geben und hat daher auch seinen Nachkommen die Millionen hinterlassen.

Weil nun aber der Minister Bötticher viel zum Sturze Bismarcks beigetragen haben soll, hat Letzterer die Enthüllung jenes Vorganges veranlaßt, die über kurz oder lang Herrn von Bötticher nöthigen wird, seine Entlassung zu nehmen. Es giebt wirklich zuweilen gute Witze im Gange der Weltgeschichte.

Bei der Berathung des Justizetats fiel ein Streiflicht auf die Art, in der manche hohe Beamte ihr Einkommen vergrößern. Da nämlich bei Dienstreisen höhere Fahrgehalte ausbezahlt werden, als die wirkliche Ausgabe beträgt, so kommt es vor, daß die Herren oft sehr viel auswärts zu thun haben.

Der Oberlandesgerichtspräsident von Breslau scheint mit 320 Tagen Amtsfreiheit denn doch des Guten zu viel gethan und dadurch ein „öffentliches Aergerniß“ gegeben zu haben. Eine antiseimische Verfügung dieses selben Herrn Oberlandesgerichtspräsidenten gab die Veranlassung zu einer großen Pauke zwischen Städler und einigen Genossen einerseits, dem Abgeordneten Munkel andererseits, welcher in seiner bekannnten geistreichen Weise den Herren einige sehr scharfe Wahrheiten zu kosten gab.

Im Reichstag kam, bei einer großen zweitägigen Berathung der neuen Zuckersteuer, die Gelegenheit für die staatsbehaltenden Parteien — Abg. Vamberger erklärte diesen Beinamen für solche Parteien, die vom Staat etwas erhalten — ihre Ansichten über richtige Besteuerung darzulegen. Der wichtigste Abschnitt der Vorlage, die Bestimmung der Steuersumme, blieb ergebnislos, weil alle darauf bezüglichen Anträge abgelehnt wurden. Die Einen, weil sie der Mehrheit zu hoch, die Anderen, weil sie der Mehrheit zu niedrig waren; die Vermittlungsanträge wurden von denen, die den Zuckerraffinerien die Prämien belassen wollten, ebenso verworfen wie von den Anderen, welchen die Erleichterung der Steuerzahler nicht groß genug war. Die Prämien, welche jetzt unter der allgemeinen Verurtheilung ihrem Ende entgegengehen, gaben Anlaß zu erbitterten Redekämpfen. Die Zuckerrabone und Großgrundbesitzer jammerten über den Schaden und die Noth der Landwirtschaft, wenn der Rübenbau beschränkt werden müsse, weil die Prämien, das heißt Zahlung einer Summe durch den Staat an den Fabrikanten für die Ausfuhr seiner Waare, abgeschafft würden.

Abg. Heine (Soz.) wies nach, daß die Arbeiter auf den Rübenfeldern von der Staatshilfe für die Zuckerraffinerien keinen Vortheil haben; sie leben in der größten Noth, während die reichen Besitzer von dem Staat unterstützt werden.

Abg. Ulrich (Soz.) verlangt gänzliche Abschaffung der Steuer, da es sich um ein notwendiges Volksnahrungsmittel handle, welches nicht versteuert werden dürfe.

Die freisinnige Partei verlangte Abschaffung der Prämien und Ermäßigung der Steuer.

Vor der dritten Lesung wird wohl ein Uebereinkommen getroffen werden zwischen den Parteien der Interessen-Verteidigung, und die Einen werden etwas nachlassen, die Andern etwas zugeben. Die Regierung, welche ihre Vorlage nur sehr schwach und gleichgültig aufrecht erhielt, läßt sich nicht ungern weiter nach rechts drängen, und die Herren wissen das auch und handeln darnach.

Dieselben Interessenkämpfe, nur auffallender, wiederholten sich bei einer Vorlage zur Branntweinsteuer, betreffend eine etwas veränderte Vertheilung der „Liebes-

gabe“, welche die Branntweimbrenner erhalten in eines Steuernachlasses für einen bestimmten Theil Erzeugnisse, die gleichfalls eine bestimmte Menge betragen müssen. Es ist ein Geschenk von 42 Millionen auf Ertrag der Steuer und gehört zu dem Schatz internationalen Arbeit, welcher mitunter die seltsamsten Blüten treibt. So erging vor Kurzem ein Negativ-Erlass, der die Gutsbesitzer, die es angeht, warnte, Kartoffeln ja nicht als Nahrungsmittel zu verkaufen, sondern andere Stoffe, z. B. Mais, zu brennen, da sie sonst Antheile dem Steuererlass verldren. Natürlich ist der Erlass gesehlich richtig und geboten; er enthält nur seiner ganzen Seltsamkeit ein Geise, welches dem Besitzer eine Belohnung dafür zahlt, daß er seine Kartoffeln zu Spiritus brennt, statt sie als Nahrungsmittel zu verkaufen.

Die Aufhebung der Steuerleichterung für die Gutsbesitzer wurde vom Abg. Barth (Freil.) beantragt, ihr ganzer Wiberfinn scharf beleuchtet. Sie soll nicht eine Entschädigung des Branntweimbrenners sein für den Rückgang des Konsums, verursacht durch die Steuererhöhung. Weil also das Volk von dem theureren gewordenen Branntwein weniger trinken kann, muß es Millionen Entschädigung an die großen Grundbesitzer Brenner aus dem allgemeinen Steuerfackel zahlen.

Die Antwort von Graf Kleist-Schmenzin (Soz.) diese Besteuerung müsse aufrecht erhalten bleiben, um die Gefahren für den Kartoffelbau und damit auch für die Landwirtschaft zu beseitigen, hört sich besonders gut an, wenn man den vorhin erwähnten Erlass damit vergleicht.

Stadthagen (Soz.) tritt für den Antrag ein. Er wolle keine Liebesgabe für eine Industrie zu ihrer Erhaltung der Vorspanndienste der Arbeiter bedürfte.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag natürlich abgelehnt und die Beibehaltung der Liebesgabe für die Großgrundbesitzer mit einer Aenderung in Gunsten der kleineren Brenner beschloffen, die von nun an etwas mehr als zuvor an dem Geschenk auf Kosten theilnehmen werden.

Der Achtstundentag und die Indulgenzen

I.
„Das erlaubt die Konkurrenz nicht!“ Das ist eine ewig wiederkehrende Ausrufe der Kapitalisten, die zu hören bekommt, wenn es sich darum handelt, für die Arbeiter irgend etwas Ernstes zu thun. Wir haben diesen Einwurf also auch hier, wo es sich um eine Verkürzung der Arbeitszeit handelt.

Dieser Einwurf sagt mit anderen Worten nichts, als: Dann werden wir Kapitalisten nicht die Rente verdienen. Es ist auffallend, daß immer nur die Zuwendungen, die den Arbeitern gemacht werden sollen, so lebhaft Bebenen wegen der Konkurrenz herbeizumempfortreiben, wenn die Lebensmittel jeder Art verkürzt werden, dann tritt dieser Einwurf nur ganz leicht auf, der den Arbeitern gegenüber so laut und in solchem Nachdruck ausgesprochen wird. Woher mag wohl kommen?

Es ist ganz klar, daß der Kapitalist nach hoher Rente strebt, das erscheint allen Kapitalisten sehr natürlich, denn sie thun es ja alle. Wenn man auch darüber ärgert, daß ein Anderer seine Rente erhöht, wo das eigene Interesse verletzt wird, so mag man grundfänglich dagegen nichts einzuwenden. Man sieht sich nur vor, es in dem gleichen Falle ebenso zu thun.

Die Kapitalrente kann nie hoch genug sein, wenn man noch nie gehört, daß ein kapitalistisches

Gilda hatte sich zum offenen Fenster gestellt; sie drehte die braunen Locken um ihre Finger und sah hinaus, über einen Theil des Parkes, nach der im röhlichen Duff verschwimmenden Ebene. Wie schön war es draußen, wie trüblingsduftend. Langsam sank die Sonne in ihrer goldigen Reinheit, für morgen einen gleich schönen Tag vorausverkündend. Und sie sollte ihn in ihren vier Mauern als eine Gefangene verbringen, indeß ihr Herz mit allem Ungestim nach Sonne, Luft und Bewegung verlangte? Sie beugte sich weiter hinaus. Sie glaubte aus der Ferne noch fröhliche Kinderstimmen zu vernehmen, ein lautes Lachen, ein wildes Umherstürmen, und in dieses junge Gemüth zog ein tiefes Weh, ein Gefühl der Leere, der Vereinsamung, der Verlassenheit.

Ist sie nicht ärmer als diese Aernsten, die man sie geringer achten lehrt, ob ihrer Niedrigkeit?

Es schlägt sieben Uhr.

Ein Diener tritt herein und bringt Fräulein Gilda das Nachtesfen.

Es sei befohlen, daß sie heute allein auf ihrem Zimmer speise, das Fräulein habe sich nebenan in dem ihrigen serviren lassen.

Die kleine Gilda hatte noch den Magen voll von der Pause, die Speisen erregten ihren Ekel und sie befahl, sie wieder hinauszutragen. Hierauf warf sie sich in dem Paroxysmus ihres Kummers auf das Sopha, und in Thränen ausbrechend, rief sie: „Ich will Nichts mehr essen, ich will lieber sterben!“

In dem kleineren Hofe, der zu dem Hause des Fabrikarbeiters Bernhardt gehörte, ging derselben Abendstunde des Arbeiters ältestes Kind, die zehnjährige Friedel, ihr jüngstes Bräderchen im Arm wiegend, auf und nieder.

Es war ein Mädel von aufblühender Schönheit. Krause, blonde Locken umgaben ihr schmales Gesicht von bräunlicher Färbung, die lichtblaue Augen sahen klar und klug hervor. Es war hübsch anzusehen, wie sie sich hervor, mit fast mütterlicher Zärtlichkeit sich nach der Rinde in ihrem Arm herabbeugte, mit Besorgung nach den sich schliefenden Auglein um es dann noch enger an sich zu drücken. „Daiapopai“, das sie mit lauter, sympathischer Stimme gesungen, ertönte jetzt leiser und schließlich nur in ein Summen über.

Die kleine Friedel brauchte schon lange keine Puppe mehr; sie hatte ein lebendiges Wesen, das heranzuziehen, ein vielbedürftiges Wesen, das es auf der Welt, ihrer Sorgfalt fast allein vertraut war. Nebst diesem jüngsten Kinde noch zwei ältere Brüder zu beaufsichtigen, freilich von diesen stets bestrittenes Amt. Sie hatte Friedel bereits eine Summe von Verantwortlichkeit zu tragen, die alle ihre Kräfte keiten beschleunigte.

(Fortsetzung folgt.)

Die kleine Friedel.

Erzählung von M. Kautsky.

(5. Fortsetzung.)

„Willst Du vielleicht Klage über mich führen? Aber sei versichert, daß es dem Papa höchst ärgerlich sein wird, daß dem kleinen Paul, dem Sohne des Handelspräsidenten, dergleichen bei uns passiren mußte. Er wird Deine Ungezogenheit gewiß nicht entschuldigen und mich wahrscheinlich eruchen, künftighin Deine Freiheit noch mehr zu beschränken, und Dich keinen Augenblick mehr Dir selbst zu überlassen.“

Die Kleine sah sehr niedergeschlagen aus.

So würde es kommen, sie wußte es; sie biß die Lippen aufeinander und sagte Nichts mehr.

Es kam ihr nicht einmal der Gedanke, sich an das Herz ihrer Mutter zu werfen, dort ihren Kummer auszusprechen, in kindlicher Reumüthigkeit sich ihr zu unterwerfen und zugleich Verzeihung zu erlangen.

Mama war viel zu nervös, um sich um ihr wildes Töchterchen viel zu kümmern. Sie glaubte, Alles gethan zu haben, wenn sie hie und da dem eigensinnigen Kinde ihren eigenen, durch nichts motivirten Eigensinn entgegensetzte und auf ihrem Willen beharrte. Sie nannte das erziehen, aber es war natürlich ein peinliches, wenig lohnendes Geschäft, das sie angriff, in seiner Fruchtlosigkeit erzürnte und ihr das Herz ihres Kindes nicht näher brachte.

Die Rechte des Ehegatten.

(Aus einer franz. Zeitschrift.)

Es giebt manche Berufsarten, in denen der Mann besonderen Gefahren ausgesetzt ist. Der Soldat wagt sein Leben auf dem Schlachtfelde; der Seemann, auf der schwachen Wank zwischen Wellen und Sturmwind, lebt in steter Todesgefahr. Auch unter den Gewerben des Friedens fordern manche ebenso viel Blut und Opferwilligkeit als die Laufbahn des Kriegers. Der Bergmann weilt bei der Einsamkeit in den Schacht nie, ob er das Licht des Tages wieder sehen wird; den Dachdecker stürzt ein einziger falscher Tritt in den Abgrund.

Die Gendarme der Frauen sind im Allgemeinen minder gefährlich. Wenn sie aber vor den Gefahren des Schlachtfeldes und des Meeres gesichert ist, so liegt es ihr daran, ob die Gefahren zu ertragen, die das Leben einer verheirateten Frau bedrohen. Es hängt nur von dem Manne ab, sie zu schlagen, sie einzusperrn, sie grausam zu misshandeln oder mit einem Revolvergeschosse zu tödten. Denn die Geschworenen finden meistens mildernde Umstände für diese Verbrechen und oft haben wir die traurige Pflicht geübt, Freisprechungen und Verurteilungen zu verzeichnen, die in keinem Verhältnis zu dem begangenen Verbrechen stehen und welche unerklärlich erscheinen müßten, wenn man nicht wüßte, welche Macht tief eingewurzelte Vorurtheile über das Gemüth haben. Sogar das Urtheil der Frau selbst ist durch die Vorstellung beeinflusst, daß die verheiratete Frau ihrem Manne gehört, daß er von ihr die vollkommene Hingabe ihres Körpers, ihrer Gedanken, ihrer Unabhängigkeit und ihres Willens verlangen kann, und daß er dasselbe Recht hat, sie zu bestrafen, ja, sie zu tödten, wenn sie sich gegen ihn auflehnt, wie es der Offizier ausübt, welcher den Soldaten wegen eines Vergehens gegen die Disziplin in den Arrest schickt, oder ihn noch mit weit schärferen Strafen belegt.

Zwei Rechtsfälle, welche in letzter Zeit die öffentliche Meinung vielfach beschäftigt, werden vielleicht unsere ererbten Begriffe theilweise umformen. Der Eine ereignete sich hier, der Andere in England; beide sind uns noch lebhaft gegenwärtig.

Ein junger Mann aus guter Familie, Sarrebourg-d'Auderville, dessen Rasse, wie die manches Anderen nicht unerschöpflich war, sah sich nach einigen Jahren zügelloser Verschwendung dem gänglichen Ruin gegenüber. Wie macht man sein gestrandetes Glücksschiff wieder flott? Das einfachste Mittel ist, eine Erbin zu suchen. Mit seinem Adelstitel, dessen Glanz ja stets viele arme Schmetterlinge anzieht, kann es ihm nicht fehlen, ein williges Opfer zu finden.

Aber die Ehe besitzt nicht die Macht, die Menschen zu verändern. Wer sein Erbe verschleudert hat, wird es mit der Wittigst der Frau nicht anders machen; und so geschah es auch hier. Um wenigstens die letzten Reste ihres Vermögens zu retten, klagte Frau Sarrebourg-d'Auderville auf Scheidung von ihrem Manne und stüchtete zu ihrem Vater. Der Ehemann, wüthend über den Verlust seiner Beute, erzwang den Eingang in das Haus seines Schwiegervaters, tödtete seine Frau mit einem Revolvergeschosse und hätte ihrem Vater dasselbe Loos bereitet, wenn nicht die Zeugen des schrecklichen Austritts es verhindert hätten. Bis dahin ist die Geschichte nicht neu; das Ungewöhnliche daran aber ist, daß der Mörder zum Tode verurtheilt wurde, ohne die Annahme mildernder Umstände.

In England hat in letzter Zeit ein Prozeß, der ebenfalls das Recht des Ehegatten zum Gegenstand hatte, das Publikum heftig erregt. Ein gewisser Herr Jackson hatte eine reiche Frau gegen den Willen ihrer Familie geheiratet. Am Morgen nach der Hochzeit tritt er eine Reise nach

das es Unrecht ist, den Kapitalprofit als Anfangs- und Endpunkt des Handelns zu nehmen. Wir verlangen eine Beschränkung des Kapitalprofits zu Gunsten der Arbeiter, wir halten den Arbeiter eben für gleichberechtigten Bürger und sprechen ihm auch einen Antheil an den Kulturgenüssen zu, der über das zum Leben erforderliche Mindestmaß hinausgeht. Wir verlangen dies mit vollem Bewußtsein auf Kosten des Kapitalprofits. Wir erkennen kein geheiligtes Recht des Kapitals auf einen bestimmten Zinsfuß an; wenn die Kapitalisten von den Zinsen nicht mehr leben können, so mögen sie auch mitarbeiten und Hand anlegen, um Werthe zu schaffen.

Da heute die Proletarier aller zivilisirten Länder auf dem Wege sind, die gleichen Forderungen zu stellen, so würde auch ohne besondere Abmachung sich in allen Staaten ziemlich derselbe Zustand herstellen, wenn das Streben überall mit annähernd der gleichen Stärke auftritt.

Die allgemeine Abkürzung der Arbeitszeit würde jeden Einwand, der aus der Konkurrenz des Auslandes genommen werden kann, beseitigen. Daß das Kapital nicht ohne den stärksten Druck durch die Arbeiter auch nur das Allgeringste von seinem Ausbeuterrechte wurd fallen lassen, ist ohne Weiteres klar. So lange man, gestützt auf Polizei und Soldaten, die Ansprüche der Arbeiter glaubt zurückweisen zu können, wird man ihnen nichts gewähren. Erst wenn man noch mehr als heute einsehen wird, daß die Arbeiter auch trotz Polizei und Soldaten ihr Ziel erreichen können, wird man sich zu Zugeständnissen gezwungen herbeilassen.

Wenn also erst in einem, dann in dem andern Staate der Druck der Arbeiter die Kapitalisten zu erheblichen Zugeständnissen zwingen wird, dann wird man, da diese Zugeständnisse nicht überall in derselben Art werden erfolgen können, die Nothwendigkeit fühlen, zu internationalen Abmachungen zu greifen, früher sicher nicht.

Wenn uns also das Kapital von der Konkurrenz des Auslandes vorerzählt und dadurch glaubt, die Arbeiter von der Verfolgung ihrer Ziele abzuwenden zu können, so sagen wir sehr wohl: Es ist dieser Einwand nicht ganz unberechtigt, es liegt aber in Eurer Hand, die Sache durch internationale Verträge, durch eine internationale Arbeiterschutzgesetzgebung zu ändern! Ihr habt die Linke der Gesetzgebung in der Hand, nicht wir! Gut, so gebraucht sie! Lebt, wenn es nöthig ist, den Druck aus, den ein Staat gegen den anderen oft wegen viel geringerer Sachen ausübt. Sperrt die Grenzen gegen die Waaren aus Staaten, die ihre Arbeiter schlechter stellen, als bei uns. Wir können nicht anerkennen, daß der deutsche Arbeiterstand deshalb verkommen muß, weil das „Ausland“ es so haben will. Ihr rühmt ja sonst Euren heutigen Staat so sehr; nun, hier ist sein Rhodus, hier mag er zeigen, ob er tanzen kann, ob er auch für die Arbeiter von Nutzen ist, oder nur den Börmanns und Genossen Absatzgebiete für schlechten Schnaps zu erschließen fähig ist. Ob von den Milliarden, die für Militärzwecke aus dem Volke herausgedrückt werden, auch eine Verbesserung der Lage der Arbeiter zu erreichen ist.

Sagt Ihr, das geht nicht, dann sagen wir: was nützt uns Euer Staat, wenn er für die Arbeiter keine Verbesserung ihrer Lage bieten kann? Die Folgerungen hieraus mag Jeder selbst ziehen.

(Fortsetzung folgt.)

Planderei.

Von Frieda.

Meine Freundin Anna hat viel gelernt und viel erlebt. Sie hat Welt und Menschen mit weiten Augen betrachtet und überall — ist auch reichere Erfahrungen gesammelt. Sie liest viel und denkt noch mehr. Sie besucht mich manchmal des Nachmittags, denn sie weiß, daß ich da stundenlang mit der Stickerin am Fenster sitze, und bei allem Fleiß Zeit habe zum Zuhören. Da erzählt sie mir so mancherlei, was mir ganz neu und fremd ist; es interessiert mich immer, auch wenn es noch so sonderbar klingt. Wenn ich glaube, sie will mir etwas aufbinden wegen meiner Leichtgläubigkeit, da sage ich aber ganz tapfer meine Meinung, obwohl ich gegen sie so unwissend bin wie ein Kind am ersten Schultag. Aber das wird mir Jeder zugestehen, daß es nicht möglich ist, immer nur Senf dazu geben.

Seit mich Anna besucht, habe ich mich gewöhnt, früher zu beobachten was um mich her vorgeht; ich dachte ich wohl, was nicht in meinem eigenen Haushalt oder allenfalls bei meinen Freunden vorgeht, ginge mich nichts an. Mein Mann liest ja seine Zeitung, frage ich ihn aber, was in der Welt geschieht, so juckt er nur die Nase. Und wenn er besonders eifrig beim Lesen ist, und ich zu neugierig werde, bitte ich

ihn wohl, mir das vorzulesen, was ihm so gut gefällt. Wenn er guter Laune ist lacht er dann und sagt: „Das verstehst Du nicht“, oder „Das geht Dich nichts an“. Nun, eigentlich hat er darin ja ganz recht gehabt — und so bleibts dabei.

Da ist es mir einmal eingefallen, Anna zu fragen, ob sie denn Zeitungen liest. Sie war ganz erstaunt und merkte wohl, daß es wieder einmal eine rechte Dummheit gewesen war. Und mußte ich auch noch erzählen, daß mein Mann die Zeitung nicht zusammen mit mir liest, weil ich es doch nicht verstehe.

Du wirst es eben verstehen lernen, rief Anna ganz voll Eifer, und seitdem liest sie mir fast täglich irgend etwas aus der Zeitung vor. Wenn ich ein Wort nicht kenne oder einen Satz nicht verstehe, so erklärt es mir Anna in ein paar Worten. Ich muß sagen, ich hatte mir das Zeitungslesen schwerer vorgestellt. Neulich, da kam eine Erwähnung der Frauenfrage in Annas Zeitung vor; das Wort fiel mir auf, es klang so kurios, und so fragte ich gleich Anna danach.

Seit sie mir erklärt hat, bin ich oft ganz erstaunt, wie Vieles, was mir immer unbegreiflich schien, plötzlich so ganz klar und deutlich geworden ist. Ich verstehe jetzt ganz gut, daß ich Rechte und Pflichten habe, nicht nur als Frau, sondern auch als Mensch, auch daß Jede eintreten soll für alle Mitschwester, ohne sich bange machen zu lassen. Nur weil wir selbst uns so tief unter

den Mann stellen, kann er uns gering schätzen und verachten.

„Nur zu oft“, rief Anna, „sieht der reiche Mann in seiner Frau bloß das kostbare Spielzeug seiner Laune, der ärmere seine Dienerin, statt daß er sie als Gefährtin, als Freundin im schönsten Sinne, liebt und hoch hielt. Aber freilich, will die Frau eine so schöne und würdige Stelle einnehmen, so muß sie auch das Ihrige dazu thun. Die Arme darf nicht ganz ausgehen in der Arbeit um das tägliche Brot, die Reiche nicht in Puß und Eitelkeit; sie muß ein reges Interesse haben an dem Wohl der ganzen Menschheit; sie muß mit ihrem Mann danach streben, die idealen Güter zu erkämpfen, die dem ganzen Volke zu Gute kommen. Sie muß nöthigenfalls bereit sein, für die allgemeine Sache Opfer zu bringen. Nicht thörichter Klatsch soll sie beschäftigen im Umgang mit den Genossinnen, sondern Jede theile der Andern mit, was sie an Erfahrungen besitzt, was sie gelesen, was sie gelernt; Jede suche neue Genossinnen zu werben, die bereit sind mitzuarbeiten an der vollen Befreiung der Frau und damit auch an der schönen Zukunft des Menschengeschlechts. Wie anders, wie viel schöner wird sich Alles gestalten, wenn sie sich der Macht bewußt werden, die jetzt noch in ihnen schlummert.“

(Fortsetzung folgt.)

den Kolonien an und läßt seine junge Frau allein zurück. Seine Abwesenheit giebt ihr Zeit zu ruhiger Ueberlegung, die ihrem Gatten ungünstig gewesen sein muß; denn nach seiner Rückkehr weigert sie sich, die eheliche Wohnung wieder zu beziehen. Das aber paßte Herrn Jackson nicht, der nicht nur das Geld wollte, sondern auch die Frau, und welcher daher auf den Ausweg verfiel, seine Frau zu entführen, wie ein richtiger Romanheld. Mit zwei Freunden lauert er ihr am Eingang der Kirche auf, und so tritt sie, im Begriff in diese zu gehen, auf Jenen, der sich als Eigentümer ihrer Person betrachtet. Sie wird umringt, ergriffen und trotz ihres Widerstandes in einen Wagen gehoben und in ein Haus gebracht, welches ihr Mann eingerichtet hat.

Großer Aufruhr in der Familie der Dame. Man folgt der „schönen Entführten“, man umgibt das Haus; man strebt in die Geheimnisse des häuslichen Lebens einzudringen, über welche man sonst so gern einen Schleier wirft, auf der Straße entziehen Zusammenrottungen, und erst die Polizei stellt die Ordnung wieder her.

Der Prozeß, mit welchem dieses charakteristische Ereigniß abschloß, bezeichnet einen Fortschritt in der modernen Entwicklung. Das Urtheil, gefällt von dem Lordkanzler, d. h. dem obersten Richter in England, stellt fest, daß die Ergreifung der Frau Jackson ungesetzlich war. Niemand habe das Recht, einen Anderen gewaltsam einzuschließen und die Stellung als Ehefrau könne keinen Grund bilden, eine Ausnahme zuzulassen.

Diese Entscheidung hat die englischen Ehemänner sehr erschreckt, wie man aus den Debatten in den Zeitungen ersieht. Wir aber hoffen, diese beiden Urtheile, im Verlaufe weniger Tage ausgesprochen, werden dazu beitragen, die Stellung der verheiratheten Frau zu einer leichteren zu machen, als sie es bisher gewesen. In Frankreich wird man wissen, daß man sie nicht mehr ungestraft umbringen darf; in England, daß die Person der Frau nicht willenloses Eigenthum des Ehemannes ist.

Bei uns insbesondere, wo die Frage der Entvölkerung so ernste Verhältnisse annimmt, sind Gesetze dringend nötig, welche Leben, Person und Eigenthum der verheiratheten Frau genügend sicher stellen. Sonst wird es in Frankreich kommen, wie es in England schon theilweise gekommen ist, daß die besten und intelligentesten unter den Frauen, in wachsender Abneigung gegen das eheliche Leben, vorziehen werden, die Unabhängigkeit und Freiheit der Ehelosigkeit zu genießen, statt sich der Eklareerei und den Gefahren des Ehelebens auszusetzen.

Vereine und Versammlungen.

Deßau. In einer nach der „Bürger-Erholung“ einberufenen Arbeiterversammlung referirte Genosse Hoffmann über Volksbildung. In trefflicher Weise führte Redner das Thema aus wie besonders den Frauen jede Art der Fortbildung erschwert sei; der interessante Vortrag gab zu einer regen Debatte Veranlassung. Besonders wurde die Beeinflussung resp. die Anebelung der Arbeiterbewegung in Sera durch den Stadtrath besprochen. Die „Neuhäuser Tribüne“ wurde für den Kreis besonders empfohlen.

Güstrow. Am 20. v. M. fand hier eine Frauenversammlung statt in der Frau Ihrer über „Frauenemancipation“ referirte. Es waren bei dieser ersten Versammlung über Erwartung viel Frauen erschienen, welche mit größtem Interesse den Ausführungen der Referentin folgten. Genosse Kant-Kosloff sprach dann über „Volks-ernährung“ die geistige wie leibliche, und Redner wandte sich ebenfalls besonders an die Frauen, daß sie nicht nur für die leibliche Kost der heranwachsenden Generation sorgen möchten, sondern indem sie selbst auch mit geistiger Kost ihr Wissen bereicherten, dieses dann den Kindern ebenfalls beibringen möchten. Die Frauen sollen die Männer antreiben sich geistig fortzubilden damit Alle befähigt würden am großen Emanzipationskampfe des arbeitenden Volkes theilzunehmen. Wegen anderweitiger Benützung des Lokals mußte dann die imposante Versammlung geschlossen werden. Möge der lebendige Geist, welcher die Versammlung befeuerte, weiter fortwirken und der Arbeiterbewegung von Nutzen sein.

Lübeck. Am 21. April fand in Lübeck eine von ca. 800 Personen besuchte öffentliche Versammlung zu Gunsten der Frauenbewegung statt, in der Frau Rohrlack aus Plauen bei Dresden über „Die Stellung der Frau in der Industrie“ referirte. Der Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen, und war es besonders erfreulich, daß die Frauen sehr zahlreich, ungefähr die Hälfte der Versammelten, erschienen waren. Leider konnte keine längere Diskussion stattfinden, da nach behördlichen Bestimmungen das Lokal um 1/2 11 Uhr geräumt sein mußte. Der Versammlung wurde mitgetheilt, daß dort eine Filiale des „Allgemeinen Fabrik- und Handarbeiterinnen-Vereins“ besteht und ist die Theilnahme an diesem eine recht rege. Leider wird von Seiten der Lokalbehörden es den Frauen recht erschwert, ihre Versammlungen abzuhalten, da die Wirthin den Frauen ihre Räumlichkeiten nicht zur Verfügung stellen wollen. Es wird jedoch auch da Rath werden, und die Arbeiterinnen werden sich dadurch nicht hindern lassen, sich zu organisiren.

Könneburg. Am 27. v. M. sprach Dr. Lütgenau-Berlin hier in einer öffentlichen Volksversammlung über „Das Programm der Sozialdemokratie und den 1. Mai.“ Redner erläuterte in 1/2 stündiger Rede das Programm in vortrefflich verständlicher Weise. Es wird diese Anregung die Bewegung in Könneburg, welche seit dem Ausstande im vorigen Jahre zurückgegangen war, wieder erweckt und einen Schritt vorwärts gebracht haben. Ein Zwischenfall, die Frauen betreffend, ist hierbei zu erwähnen. Der überwachende Gensdarm wies die Frauen aus dem Saale mit der Bemerkung: „So lange Bedel und Liebsknecht noch nicht regieren, regieren wir und wir dulden keine Frauen in einer Versammlung.“ Nach

der Pause wurden jedoch auf Antrag die Frauen hineingeholt und der kluge Gensdarm verließ den Schauplatz seiner Regierung, weil er wohl einsah, daß die Versammlungsbefugter das Vereingesez besser kannten als er. Der Referent sprach dann noch über die Bedeutung des 1. Mai; nach kurzer Diskussion schloß die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie.

Schleswig. Daß unsere gute Sache auch hier immer mehr Verbreitung findet, zeigte eine hier Ende April im Bürgergarten abgehaltene öffentliche Frauenversammlung. Der Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Viele mußten wieder umkehren. Nachdem das Bureau gewählt war ergriff die Referentin Fräulein Wabnitz das Wort über „Naturgesetz und Menschenrecht“. Kurz sei einiges von der Rednerin Angeführte hier wiedergegeben. Geburt und Sterben seien ganz bestimmte Naturgesetze, denen kein Mensch ausweichen könne. Zwischen Beidem liegt das Leben, das sich jeder Mensch allerdings so angenehm als möglich machen sollte, doch darf dies nicht geschehen auf Kosten des Wohlbefindens eines anderen Menschen, wie es heute so vielfach geschieht, indem die Kapitalisten ein angenehmes Leben führen auf Kosten des Wohlbefindens der Arbeiter. Die Referentin unterzog dann die heutige Produktionsweise einer vernichtenden Kritik; wie die Arbeiter, besonders die weiblichen, ausgebeutet werden, durch lange Arbeitszeit und erbärmlichen Verdienst, wie sie gar häufig auch ihre Gesundheit schädigen und wie der schlechte Lohn häufig genug die Arbeiterinnen in die Arme der Prostitution treibe. Rednerin brachte als Beweis des Ausgeführten Beispiele und statistische Zahlen. Wenn mythologische Sagen uns auch lehren, daß das Paradies der Menschheit uns in den Schöpfungstagen gehörte und nun für immer verchwunden sei, so behaupten wir dem gegenüber, daß es nicht hinter, sondern vor uns liege; dasselbe zu erreichen müsse jeder ehrlich Denkende mit Hand anlegen. Dieses Paradies heißt: Gleichberechtigung Aller! Diese werden wir erreichen, indem Besitz und Produktion vergesellschaftlicht, d. h. gemeinsames Eigenthum wird; um dies zu erreichen zu können, müssen wir uns organisiren, Frauen wie Männer, um gemeinsam den Kampf aufzunehmen zu können, der zur Erlösung der darbenenden Menschheit, zum Siege führt. Der lehrreiche Vortrag wurde oft durch Bravourse unterbrochen. Hierauf entwickelte sich eine sehr lebhaft Diskussion. Alle, welche sich daran beteiligten, sprachen im Sinne der Referentin. Genosse Walter-Modell forderte die Versammlung auf, um der Referentin ihren Dank auszudrücken, sich von den Sitzen zu erheben, wogegen diese aber energisch protestirte und meinte, daß es sehr beschämend für sie wäre, wenn sie dasselbe gestatten würde, ein Mensch wäre nicht mehr wie der andere, sie hätte überhaupt nur ihre Pflicht gethan. Genosse Weise forderte die Frauen auf, ihre Männer in die Versammlungen und in den Arbeiterverein zu schicken, die gegnerischen Zeitungen links liegen lassen und nur die Arbeiterpresse zu unterstützen, für die Frauen sei hauptsächlich „Die Arbeiterin“ da. Genosse Maß erklärte, daß noch viele Arbeiter in Lokalen verkehren, welche uns sonst nicht zur Verfügung ständen, das müsse wegfallen. Unter dreifachem Hoch auf die internationale Arbeiter-schaft und Absingen der Marschlied wurde die Versammlung geschlossen. W. B.

Singsandt.

Garthau. Im hiesigen Ort sowie in der nächsten Umgebung steht die Lokal- bezw. Saalverweigerung in höchster Blüthe. Infolge dessen sahen sich die zielbewußten Arbeiter gezwungen, auf anderem Wege eine Vereinigung zu suchen. Es entstanden die sog. „Arbeiterhallen“. Diese „Arbeiterhallen“ haben den Zweck, an die Mitglieder derselben ein gutes und billiges Getränk zu liefern, sie sind somit eine Art Repressalie gegen die Lokalverweigerer. Genannte „Hallen“ befinden sich in Privathäusern. Politil jedoch darf in diesen „Hallen“ nicht getrieben werden, und ist es deshalb nicht möglich, eine Organisation zu erzielen. Jedoch auch die Freude, im Besitze einer „Arbeiterhalle“ zu sein, ist den Arbeitern nicht lange vergönnt gewesen. Nach kaum halbjährigem Bestehen hat die Chemnitzer Amtshauptmannschaft am Freitag, den 24. April, eine Verordnung erlassen, wonach sämtliche in ihrem Bezirke befindlichen „Arbeiterhallen“ geschlossen, resp. die Vereine aufgehoben werden. Ein Grund zur Auflösung ist nicht bekannt gegeben. — Welchen Schluß kann man wohl daraus ziehen? — Das Koalitionsrecht der Arbeiter wird eben vollständig illusorisch gemacht. Was die Fabrikanten und Lokalverweigerer nicht zu Stande bringen, das vollbringen die Behörden. Es ist eben eine allbekannte Thatsache, daß die sächsische, hauptsächlich aber die Chemnitzer Rechtspflege nichts zu wünschen übrig läßt, was Kleinlichkeit und Gehässigkeit anbelangt. Ferner läßt die amtshauptmannschaftliche Verordnung noch tiefer blicken. Wenn man z. B. annimmt, daß auf alles, was zur Bereitung des Bieres gehört, schon ein hoher Eingangszoll liegt, zweitens, daß der Brauer eine besondere Brausteuer zu entrichten hat, drittens, daß er auch noch extra die Staats- sowie die Gemeindesteuer bezahlen muß und dieses alles auf den Preis des Bieres geschlagen wird, hierzu noch die Abgaben der Restaurateure kommen, so genießt der Arbeiterstand die zum Leben nötigsten Genussmittel sechs- und zehnfach versteuert und macht nebenbei die „staatsbehaltenden Elemente“ fett, dazu natürlich wird er auch, wenn er nicht will, behördlicherseits gezwungen.

Chemnitz, 25. April. Einen neuen Beweis dafür, daß der Arbeiter seine freie Zeit und sein Geld nur nach dem Willen seines Arbeitgebers benützen soll, liefert nachfolgendes Verbot, welches am Mittwoch in einer hiesigen Fabrik ausgehängt worden ist, dasselbe lautet buchstäblich:

Verbot!

Das Verlassen des Grundstücks, sowohl während der Frühstücks-, Mittags- oder Vesperpause, insbesondere während der Arbeitszeit nur zu dem Zweck, Speisen und Getränke aus der Nachbarschaft zu holen, ist hiermit streng unterlagt, da Bier und kalte Speisen ebenso gut und preiswerth aus dem hiesigen befindlichen Bier- und Viktualienhandel entnommen werden können. Nur das etwaige Einholen von Mittagessen ist während der Mittagspause gestattet; während aber Lebensmittel, welche hier zu haben sind, nicht mitgebracht werden dürfen.

Chemnitz, den 22. April 1891.

(Stempel).

Hermann Friedrich,

Baumwollfärberei, Chemnitz

Diese Färberei ist eine der größten und beschäftigt eine große Anzahl Frauen.

Aus aller Welt.

In Genf ist vor Kurzem eine Gesellschaft „zur Form der Rechtsverhältnisse der Frauen“ gegründet worden. Frau Marie Goegg ist in den Ausschuß berufen worden. Herr Bridel, Rechtslehrer an der Universität von Genf und mehrere andere ausgezeichnete Professoren sind Mitglieder dieser Gesellschaft.

Wem die Sonne der Erkenntniß scheint, den müde sie auch.

Biel Klagen hör' ich oft erheben
Vor Hochmuth, den der Große übt:
Der Große Hochmuth wird sich geben,
Wenn uns're Kriegererei sich giebt!
Gottfried Aug. Bürger.

Literatur.

Dichtungen für die Waisfeier passend:
„Der erste Mai im Spiegel der Dichtung.“ Eine Sammlung des Besten, was bei der ersten Waisfeier im vorigen Jahr gesungen worden ist. Herausgegeben von Genossen Ernst Klaar, Dresden. Preis 25 J.

1. Mai. Gedichte und kleine Erzählungen, welche zu seinem Sarkasmus die Krebschäden unserer Zeit schildern, besonders die in der Frauenwelt vorherrschenden. Herausgeber, Genosse Kokoßky, ist ein eifriger Befürworter der Gleichberechtigung der Frauen. Preis der Broschüre 20 J.

Beide bei den Kolporteurs der Arbeiterzeitung resp. im Verlag derselben zu haben.

„Wiener Festzeitung“ zum 1. Mai, sehr schön ausgestattet, geschmückt mit den Bildern der österreichischen Führer der Arbeiterbewegung, sowie dem Wibe Liebknecht und mit Artikeln über den Achtstundentag von den besten und bewährtesten Führern aller Länder. Bezuhlen durch L. Breischneider, Wien III, Gumpendorferstr. 30.

„Der Achtstundentag.“ Rede von Robert Seidel bei der vorjährigen Waisfeier, gehalten in Zürich. Verlag der Buchhandlung des Schweizer Grütlivereins.

„Erinnerungszeichen an den 1. Mai 1891.“ Ein rothes Seidenband mit den in Gold eingewebten Worten: „8 Stunden Arbeit, 8 Stunden Ruhe, 8 Stunden Schlaf.“ Preis 20 J. Zu beziehen durch P. Neul, Basel, Arbeiterbund, Schwanengasse.

„Der Kaufmann und die Sozialdemokratie.“ von Robert Auerbach. In vorliegender Broschüre schildert der Verfasser eingehend die Stellung des Kaufmanns zur Sozialdemokratie, und zwar legt er im ersten Theil das Verhältniß des selbständigen Kaufmanns, in den folgenden Abschnitten das der kaufmännischen Angestellten (Belehren, Gehilfen, Lehrlinge) zur Sozialdemokratie dar. Besonders werden die Mißstände, unter denen die kaufmännischen Angestellten zu leiden haben, einer eingehenden und Kritik unterworfen. Die Broschüre ist daher für Freund und Feind, für Berufsgenossen, wie für jeden sich für Politik Interessirenden gleich empfehlenswert. Preis 50 J. Otto Berger, Verlagsbuchhandlung, Berlin, Hollmannstraße 6.

Zur Saison empfehle die schon bekannt billigen und elegant garnirten

Damenhüte,

zum Preise von 3.50, 5, 7, 9 und 12 M.

Mache noch besonders darauf aufmerksam, daß keine Dame die Hüte selbst so billig herstellen kann.

Modébazar M. Raff,

Berlin,

Spandauerbrücke 14.

Den Genossinnen wird diese Firma bei Bedarf besonders empfohlen.

Briefkasten.

Hamburg. Verein z. B. der gewerbl. Interessirten der Frauen und Mädchen. Bericht für Nr. 18 zu spät eingegangen.

Güstrow. B. Warum keine Berichte gesandt, wie versprochen wurde?

Druckfehler-Berichtigung.

In Nr. 18 in der 2. Zeile des letzten Verses unserer Festgedichte muß es statt „hellen“ „selben“ heißen. Seite 2. 1. Zeile, das 4. Wort muß statt „lieben“ „Lieben“ heißen.